

# Der Vollzugsdienst

4-5/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

## Die Unwägbarkeiten der Föderalismusreform sind bekannt

AG Justiz trifft Bundesjustizministerin Dr. Katarina Barley

Seite 7

## Pakt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst geschlossen

Politisches Abendessen des dbb Hessen in Wiesbaden

Seite 44

## Die Erhöhung der besonderen Altersgrenze ist nicht hinnehmbar

VNSB im Gespräch mit Nds. Finanzminister Reinhold Hilbers

Seite 57

Foto: © bluedesign/AdobeStock



## Quo vadis Strafvollzug?

Limburger Urteil gegen Vollzugsbedienstete schockiert

Mehr dazu auf Seite 1 dieser Ausgabe



Baden-Württemberg



Brandenburg



Sachsen

## INHALT



### BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Quo vadis, Strafvollzug ?  
Limburger Urteil gegen  
Vollzugsbedienstete schockiert
- 1 Vorhersehbar – kausal – objektiv  
zuzurechen ... ???  
Zwischenruf 2 aus Hessen  
von Birgit Kannegießer
- 7 Arbeitstreffen der Tariffkommission  
des BSBD
- 7 Unwägbarkeiten der Föderalismus-  
reform sind bekannt –  
AG Justiz trifft Bundesjustizministerin  
Dr. Katarina Barley
- 8 Streikleiterkonferenz  
tagte in Berlin
- 8 12. Deutscher Seniorentag:  
Brücken bauen – Solidarität in der  
Gesellschaft
- 9 Frauen 4.0:  
„Ab durch die gläserne Decke“
- 10 Demokratie stand im Mittelpunkt  
des Seminars
- 11 Ansehen des öffentlichen Dienstes  
ungebrochen gut

### LANDESVERBÄNDE

- 13 Baden-Württemberg
- 27 Bayern
- 29 Berlin
- 34 Brandenburg
- 38 Hamburg
- 43 Hessen
- 50 Mecklenburg-Vorpommern
- 56 Niedersachsen
- 60 Nordrhein-Westfalen
- 74 Rheinland-Pfalz
- 80 Saarland
- 81 Sachsen
- 83 Sachsen-Anhalt
- 89 Schleswig-Holstein
- 93 Thüringen
- 86 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion  
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundesvorsitzender</b>	René Müller	rene.mueller@bsbd.de <b>www.bsbd.de</b>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	René Selle	rene.selle@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung</b>	Anja Müller	<b>vollzugsdienst@bsbd.de</b>
<b>Geschäftsstelle:</b>	<b>Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands</b> Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
<b>Bayern</b>	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
<b>Brandenburg</b>	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
<b>Bremen</b>	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
<b>Hamburg</b>	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
<b>Niedersachsen</b>	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
<b>Sachsen</b>	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
<b>Schleswig-Holstein</b>	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
<b>Thüringen</b>	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

**ERSCHEINUNGSTERMIN**

der Ausgabe 6/2018:

⇒ ⇒ **11. Dezember 2018**



Aktuelles

# Schließung der Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg

Noch keine abschließende Klarheit – Ab Oktober keine Insassen mehr – Leerräumung zum 31.12.2018

Aus Sicht des BSBD ist bezüglich der Schließung der JVA Neubrandenburg für die Kolleginnen und Kollegen über alle Laufbahngruppen noch keine abschließende Klarheit vorhanden. Avisiert ist es, dass die JVA ab Oktober keine Insassen mehr hat. Es werden nur noch Bedienstete bis 31.12.2018 die „Leerräumung“ überwachen oder durchführen.

Die Versetzungsbescheide sind rechts-wirksam mit Rechtsmittelbelehrung zugegangen, und Kolleginnen und Kollegen „wehren“ sich zum Teil mit anwaltlicher Hilfe.

Andererseits würden in JVAen Beförderungsstellen ausgeschrieben, was die Versetzungslisten durcheinanderbringt, da auch Bedienstete aus NB die „Ausschreibungen für Neustrelitz“ gewinnen und so vielleicht nicht nach Bützow müssen – es kommen also z. T.

nicht die dort an, wohin sie versetzt wurden... Und die eh nach Neustrelitz Versetzten gehen nach Neustrelitz oder vielleicht auch in attraktive Bundesländer wie Brandenburg! Unser „Endamt A 8“ ist dort der Einstieg! Dies zum AVD!

In der Laufbahngruppe 2, 1. EA ist die Situation nicht zufriedenstellender, da Vollzugsabteilungs- sowie Fachbereichsleitern Sachbearbeiterstellen angeboten werden. Das ist aber nicht okay aus Sicht des BSBD! Dies führt vermutlich bei einigen Bediensteten des Gehobenen Dienstes zur Neuorientierung in die Arbeitsbereiche anderer Ministerien. Das kann doch niemand ernsthaft als einen zufriedenstellenden Umgang mit den Landesbediensteten beurteilen.

Aber auch für die Anstaltsleiterin, Frau RD'in Hanke, scheint es nicht besser zu laufen... Keine Klarheit! Dies ist auch vor dem Hintergrund ärgerlich,

da gerade sie sich früh so intensiv um ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmerte... Schade!

## Beförderungen

Stellen sind ausgeschrieben und die Verfahren laufen. Es zeichnet jedoch aus gewerkschaftlicher Sicht ab, dass es Konkurrenzklagen geben wird. Und dann prophezeite das dlz Nord des dbb, dass dann alles gestoppt würde. Vor Gericht würde die Unzulässigkeit der doppelten Rückwirkung der Dienstpostenbewertung deutlich werden.

## Ausbildung im AVD

Ab Dezember soll ein Lehrgang mit 23 Teilnehmern beginnen. Es zeichnet aktuell ab, dass dieser Lehrgang nicht gefüllt werden kann. Diesmal jedoch sollen deutlich mehr als die sonst üblichen 1 bis 2 Plätze nicht besetzbar sein...

*Hans-Jürgen Papenfuß*

# Verfügbare Ausbildungsplätze nicht vollständig besetzt

Hauptausschusssitzung in Bützow – Vorbereitungen zum Landesgewerkschaftstag am 8. November 2018

Am 17. September 2018 fand die Landesvorstands- und Hauptausschusssitzung des BSBD Mecklenburg-Vorpommern in Bützow statt.

Einige Mitglieder der Gremien waren aus gesundheitlichen oder dienstlichen Gründen an der Teilnahme verhindert. Zum einen erfolgte die weitere Vorbe-

reitung des Landesgewerkschaftstages am 8. November 2018 in Bützow und des Weiteren wurden aktuelle Themen besprochen.

In den sich anschließenden Diskussionen dominierten immer wieder die Belastungen, die durch die geringen Personalstärken in allen Justizvollzugsanstalten des Landes M-V das Tagesge-

schäft dominieren. Die Dienstpostenbewertung (vielmehr die Folgen der Perspektivlosigkeit in fast allen Laufbahngruppen) und die geringen Beförderungsmöglichkeiten in Mecklenburg-Vorpommern lassen insbesondere die jungen Kolleginnen und Kollegen Ausschau nach neuen Perspektiven halten.

So wurde in den Diskussionen auch deutlich, dass offensichtlich eine größere Anzahl von Bediensteten die Attraktivität der Stellenausschreibungen des Zolls für sich wahrgenommen haben. Jedoch offensichtlich nicht die (ehemaligen) Bediensteten aus Neubrandenburg im Schwerpunkt!

BSBD Landesvorstand und Hauptausschuss M-V haben die Befürchtung, eine größere Anzahl von Bediensteten zu verlieren. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass in den Justizvollzugsanstalten, vor allem im AVD ein akuter Personalangel herrscht.

Aktuell steht zudem die Besorgnis im Raum, dass die 23 Ausbildungsplätze, die ab Dezember 2018 zur Verfügung stehen, nicht vollständig besetzt werden (können). Vielleicht wird die Grenze von 50% geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern jedoch noch überschritten.

*Helmut Halwachs und  
Hans-Jürgen Papenfuß*



Im Bild Teilnehmer an der Hauptausschusssitzung in Bützow.

Foto: BSBD M-V

## Einberufung des 8. Landesgewerkschaftstages des BSBD M-V.

Der Landes-Hauptausschuss des **BSBD Mecklenburg-Vorpommern** hat in seiner Sitzung am 15.09.2017 beschlossen, auf der Grundlage des § 9 (4) der gültigen Satzung, den Landesgewerkschaftstag für den **08.11.2018** nach Bützow einzuberufen.

Die Einberufung des Landesgewerkschaftstages des **BSBD M V** gilt hiermit entsprechend § 9 (5) der Satzung als in geeigneter Form und Weise rechtzeitig bekannt gegeben.

Anträge an den Landesgewerkschaftstag sind durch die Ortsverbände oder die Mitglieder des Landeshauptausschusses bis zum 10.09.2018 an die Landesgeschäftsstelle einzureichen.

Nähere Informationen erhalten Sie über Ihren Ortsverband bzw. von den Mitgliedern der Landesleitung.

*Der Hauptausschuss  
i. A. Hans-Jürgen Papenfuß, Landesvorsitzender BSBD M-V*

## Einladung in die Limes Schlosskliniken

Psychiatrisches Akutkrankenhaus mit umfangreichem Behandlungsangebot

Der Vorstand, Herr von Bergmann-Korn, hatte eingeladen und der dbb Vorsitzende Dietmar Knecht sowie der BSBD Landesvorsitzende M-V Hans-Jürgen Papenfuß konnten diese Einladung wahrnehmen. Die DPoIG und die GDL mussten kurzfristig absagen.



**Die Limes Schlossklinik Teschow bei Teterow – Luftbild.**

„Im Herzen der Mecklenburger Schweiz gelegen, ist die Limes Schlossklinik Rostocker Land ein psychiatrisches Akutkrankenhaus, das sich auf die Behandlung von psychischen und psychosomatischen Krankheitsbildern, sowie von stressbedingten Erkrankungen/Stressfolgeerkrankungen spezialisiert hat.

Es werden Menschen behandelt mit:

- Affektiven Störungen wie z.B. depressiven Episoden, manisch-depressive Erkrankungen sowie bipolaren affektiven und rezidivierenden depressiven Störungen.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Behandlung von mittel- bis schwergradigen Depressionen, wobei im Speziellen auch geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigt werden. (Merkmale depressiver Episoden bei Männern). Psychophysische Erschöpfungszustände, umgangssprachlich auch als „Ausbren-



**V.l.: Dietmar Knecht, Vorsitzender dbb Mecklenburg-Vorpommern und Herr von Bergmann-Korn neben Objekten der Kunsttherapie.**

Foto: H.-J. Papenfuß

nen“ beziehungsweise „Burnout“-Syndrom bekannt. Körperliche als auch psychische Symptome sind unter anderem:

- Schlafstörungen, Müdigkeit und Konzentrationsschwäche
- Verdauungsstörungen



**V.l.: Dietmar Knecht, Chefarzt Herr Kressin sowie Herr von Bergmann-Korn.**

Foto: H.-J. Papenfuß

- Verspannungen
- Grübelneigung und Stimmungsschwankungen
- Niedergeschlagenheit, erhöhte Ängstlichkeit und Reizbarkeit
- Geringe Frustrationstoleranz

**Was bedeutet dies für uns Beamte:**

Herr von Bergmann-Korn erläuterte, dass die Klinik einen Schwerpunkt auch auf die Behandlung von Beamten (Polizei, Justizvollzug, Lokomotivführer, Lehrer, pp.) legen kann, die nach besonderen Ereignissen der umfassenden Behandlung bedürfen, da sie bspw. nach einem anerkannten Dienstunfall momentan nicht (voll)dienstfähig sind. Mit einer geeigneten Behandlung gäbe es die Möglichkeit, so Herr von Bergmann Korn, dass Behandlungsziel zu erreichen, um in einer absehbaren Zeit wieder voll dienstfähig zu werden.

Grundsätzlich erhält jeder Patient bei Limes wöchentlich zwei Einzels psychotherapien sowie zwei Gruppentherapeutische Sitzungen.

Hinzu kommen, auf den jeweiligen Patienten zugeschnitten weitere Behandlungselemente, wie z. B. Entspannungstraining, Schlafedukation, Sporttherapie, Kunsttherapie, tiergestützte Therapie, Ergotherapie, Physiotherapie



Limes Schlossklinik Teschow bei Teterow.

und Ernährungsberatung u. a. m. Ein aus Sicht des Unterzeichners ungewöhnlich umfangreiches Behandlungsangebot. Auch im Rahmen einer Behandlung als Mitglied einer Privaten Krankenkasse und Beihilfe gibt es, so erläuterte Herr von Bergmann-Korn, Behandlungsangebote in der Limes Schlossklinik.

Dabei unterstütze die Klinik ihre Patienten von Beginn an: „Die Klinik bietet einem ein rundum Sorglospaket. Von der Regelung der Kostenübernahme bis zur Abreise wird alles übernommen und sorgt damit für den Patienten von Anfang an für Entspannung!“ (Quelle: klinikbewertungen.de) Unseren persönlichen Service erleben Sie von Beginn an. Wir kümmern uns vertrauensvoll und professionell um all Ihre Aufnahmemodalitäten. Schnell und einfach.“ Hans-Jürgen Papenfuß

# Abwerbung durch den Zoll

Jeder Bedienstete im AVD und den anderen Laufbahnen wird gebraucht

Hauptzollamt Stralsund - Hiddenseer Straße - 18439 Stralsund

**Mitarbeiter/in im Sachgebiet C (Kontrollen)  
bei der Zollverwaltung  
Besoldungsgruppe A 6m BBesO**

Im Rahmen einer externen Personalverstärkungsmaßnahme der Zollverwaltung sucht das Hauptzollamt Stralsund mehrere Mitarbeiter/innen im Sachgebiet C (Kontrollen) an den Dienstorten Stralsund, Sassnitz und Wismar. Die Dienstposten sind nach A 6m bis A 8 BBesO bewertet.

Das Sachgebiet C umfasst – mit Ausnahme der Finanzkontrolle Schwarzarbeit – die Kontrolleinheiten der Zollverwaltung. Zu den Schwerpunktaufgaben gehören u.a. die Kontrollen der Verkehrswege des Grenznahen Raums und des Reiseverkehrs sowie die Überwachung des Warenverkehrs.

**Wir fordern**

- Sie sind Bundes-/Landes- oder Kommunalbeamtin/-beamter des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienstes oder
- Sie haben eine erfolgreich abgeschlossene Laufbahnausbildung des mittleren Vollzugs- oder Verwaltungsdienstes (z. B. mittlerer Justizvollzugsdienst mittlerer Polizeivollzugsdienst) und erfüllen die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Übernahme in die Zollverwaltung.
- Sie haben die Bereitschaft zur ständigen fachlichen Fortbildung,
- die Bereitschaft zur Durchführung von Dienstreisen und Fortbildungsmaßnahmen (ggf. auch mehrtägig und bundesweit),
- die Bereitschaft zur Teilnahme am Dienstsport.

## Der Zoll in Mecklenburg-Vorpommern betreibt aktiv die Abwerbung von Vollzugsbediensteten aus dem Justizvollzug und der Polizei.

Für den Justizvollzug gilt, dass diese Abwerbung Anklang findet, gerade bei jüngeren Kolleginnen und Kollegen das Interesse weckt, da Perspektiven in der Bundesbehörde aufgezeigt und vorhanden sind. *Anm.: Aus Sicht des BSBD M-V gibt es natürlich auch Risiken und Nachteile für Bundesbeamte...*

Und wie reagiert die Politik?

„Justizministerin Hoffmeister weist darauf hin, dass derartige direkt gerichtete Stellenausschreibungen in Mecklenburg-Vorpommern im Bereich des Justizvollzugs bislang nicht vorgekommen sind. „Daher werde ich zusammen mit dem Innenminister dem Bundesfinanzminister schreiben, solche Abwerbungen künftig zu unterlassen“, so die Ministerin.

Innenminister Caffier sagte, die aktuelle Ausschreibung des Zolls sehe er aber eher gelassen, da sich Polizisten in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Wechsel zum Zoll finanziell verschlechtern würden. Außerdem müssten Mitarbeiter des Zolls damit rechnen, im gesamten Bundesgebiet eingesetzt zu werden.“

Was soll denn das? Sich beschweren anstatt angemessen zu handeln! (Über die Abwerbung durch den Zoll). Wir vom BSBD M-V haben seit vielen Jahren im-

mer wieder darauf hingewiesen, dass es absehbar durch die normalen Abgänge in den Ruhestand und die zusätzlichen unplanbaren Abgänge durch Krankheit Personalprobleme im Justizvollzug M-V geben wird. **Wir haben Zahlen, Daten und Fakten – die objektivierbar sind – geliefert.** Die Schließung der JVA Neubrandenburg ist da nur etwas Kosmetik und nicht geeignet, die Probleme im Justizvollzug, insbesondere im AVD oder auch im sogenannten Gehobenen Dienst, dauerhaft zu beheben.

**Und dann die katastrophale Dienstpostenbewertung !!!**

**Der Justizvollzug ist unseres Erachtens ein wesentlicher Bestandteil der Inneren Sicherheit! Wir sind zuständig für die Sicherung und Behandlung von gefährlichen Straftätern!**

Ist die Justiz denn überhaupt noch sicher? – Das betrifft nicht nur die Richter und Staatsanwälte, wie vom Justizministerium fokussiert!

Am Beispiel des AVD, (Allgem. Vollzugsdienst, 3-Schicht-Wechseldienst) lässt sich dies am besten verdeutlichen. **Durch diese Laufbahngruppe wird die Sicherheit und auch Behandlung von gefährlichen Menschen gewährleistet.** Diese Dienstgruppe ist vergleichbar mit dem Pflegepersonal in Krankenhäusern – ohne die es bekannterweise überhaupt nicht geht. Ärzte alleine können es nicht schaffen. Auch der Höhere Dienst kann weder im Justizvollzug

noch in der **Allgemeinen Justiz** alles alleine schaffen.

Aus der Sicht des **BSBD** ist der **AVD** die **wichtigste Dienstgruppe im Justizvollzug!**

Aber wie schlecht behandelt „man von oben“, d.h. aus der Führung des Justizministeriums, diese Kolleginnen und Kollegen? **Seit Jahren gibt es massive Defizite u. a. bei Beförderungen – viel zu wenige Beförderungstellen im Vergleich mit anderen Bundesländern.**

Die Dienstpostenbewertung, die in diesem Jahr umgesetzt wurde, manifestiert für die Kollegen: **keine berufliche Entwicklungsperspektive.**

Nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung erfolgt die Einstellung mit der Besoldung A 7 und die Karriere endet mit hoher Sicherheit in MV mit A 8. Es soll zukünftig nur **10 % der Stellen mit A 9 und A 9 Z** geben.

Der **BSBD** macht gerade eine Erhebung in allen Bundesländern: es gibt Bundesländer in denen **40 % der Stellen A 9 und A 9Z** sind.

In unseren Nachbarbundesländern Schleswig-Holstein und Brandenburg beginnt die Laufbahn mit A 8, dort wo sie in Mecklenburg-Vorpommern in der Regel endet. Aktuell werden auch immer wieder Kollegen mit dem Eingangssamt A 7 in den Ruhestand geschickt!

**Dort hätte Frau Ministerin Hoffmeister ansetzen müssen und Perspektiven für die sehr gut ausgebildeten und kompetenten Beamten schaffen müssen. Dies fordern wir seit Jahren, stellen ihr Statistiken zur Verfügung, aber...**

Die Dienstpostenbewertung wird tolle Perspektiven für Führungskräfte schaffen, wie sie auch für Richter und Staatsanwälte in der Justiz gesucht werden. **Aber der sogenannte Höhere Dienst ist doch nicht das Herz der Justiz!**

Die Masse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewegt sich im Einfachen (nur Gerichte und Staatsanwaltschaften) und Mittleren Dienst!

Der **Allgemeine Vollzugsdienst hat rund 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** in Mecklenburg-Vorpommern, die, aus unserer Sicht, fast „aktiv vertrieben“ werden... und wenn dann noch die **attraktiven Angebote** vom Zoll kommen – dürfen wir es ihnen dann verdenken?

Aus Sicht des **BSBD** Mecklenburg-Vorpommern ist es jedoch so, dass wir **jeden Bediensteten** im Allgemeinen Vollzugsdienst und auch in den anderen Laufbahnen für die Erfüllung der gesellschaftlich wichtigen Aufgaben im Umgang mit den **zum Teil wirklich**

**gefährlichen Straftätern benötigen!** Eigentlich kann es doch nicht zugelassen werden, dass auch nur einer geht, beziehungsweise gehen muss!

Es geht uns vor allem auch um die **Sicherheit** in den Justizvollzugsanstalten für die Bediensteten und nach außen für die Gesellschaft!

**Aktuelle Stimmen aus dem Justizvollzug hierzu:**

- „Oh schön – ich finde es ja lustig, dass erst die Bewerbungsfrist abgewartet wird, bis sich was regt ... ach und übrigens ist es selbst für die A 8er Kollegen im Stabsdienst rein finanziell noch durchaus interessant zu wechseln... und selbst wenn der finanzielle Aspekt nicht mehr ausschlaggebend ist und sich Kollegen mit Einbußen umorientieren wollen, sollten doch nun mal langsam ein paar Verantwortliche aufwachen...“
- „Merkt die Ministerin vielleicht mal, dass was in ihrem Ressort nicht stimmt?“
- „Sie wachen ja jetzt auf, nur es ist die falsche Richtung, die Fehler werden jetzt bei Anderen gesucht, natürlich nicht bei sich selbst.“
- „Sollten aufwachen. Allein mir fehlt der Glaube. Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, sind alle anderen Schuld.“

• „Wenn ich mich richtig erinnere, hat sich auch unser Innenministerium bei Ausschreibungen direkt an den AVD gewandt. Caffier sollte sich da mal an die eigene Nase fassen.“

• „Ich dachte nur die Neubrandenburger haben seit Wochen Schlafstörungen.“

... **Anm. hierzu:** Wegen mangelnder Perspektiven und der Unklarheit, wie es mit dem Einzelnen weitergeht...

Und wenn nach unserer Kritik vor Monaten (Zur Ungleichbehandlung Justizvollzugsdienst und Polizeivollzugsdienst) der **rechtspolitische Sprecher der CDU, der Abgeordnete Herr Ehlers**, klar gesagt hat, das Justizministerium und die Ministerin hätten viel für die Bediensteten im Justizvollzug getan, so ist **dies/diese Aussage schlichtweg falsch!**

Negative Entscheidungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind einfach nichts Positives! Oder sehen wir das falsch?

**Wir haben versucht (in der AG Justiz) mit der CDU und der SPD sowie der Ministerin gemeinsam zu reden. Das Ergebnis: Die CDU lehnte ein gemeinsames Gespräch ab und weder unsere Ministerin noch die Staatssekretärin hatten Zeit für die Gewerkschaften.**

*Hans-Jürgen Papenfuß*

AG Justiz

**Justizministerin Hoffmeister sagte Gespräch kurzfristig ab**

Der Gesprächstermin der Gewerkschaften der **AG Justiz** und des **dbb** Mecklenburg-Vorpommern im Landtag war von uns so gedacht, um gemeinsam mit Vertretern der Regierungsfractionen über unsere Themen der Dienstpostenbewertung (insbesondere die Folgen derer im Geschäftsbereich) sowie (die mangelhaften) Beförderungsmöglichkeiten im Bereich des Justizministeriums zu sprechen. Es erstaunte den **BSBD** schon sehr, dass seitens der **CDU** dann ein gemeinsames Gespräch mit den Abgeordneten der **SPD-Fraktion** abgelehnt wurde. Wir wollten doch nur **gemeinsam mit den Fraktionen und der Justizministerin** ins Gespräch kommen. Dann sagten auch noch Frau Justizministerin **Hoffmeister** und die Staatssekretärin kurzfristig ab. **Für uns als Gewerkschaft war dies schon sehr enttäuschend, wenn unsere Chefin nicht mit uns reden mag!!!**

**AG Justiz im dbb teilt Sorgen von Ministerpräsidentin Schwesig**

**Treffen mit rechts- und innenpolitischen Sprechern der Fraktionen von SPD und CDU**

Unter dem Motto „**Ist M-V's Justiz noch sicher?**“ trafen sich Vertreter aller **dbb Justizgewerkschaften** mit den Abgeordneten **Martina Tegtmeier, Dirk Friedriszik, Philipp da Cunha** (alle **SPD**) und **Sebastian Ehlers** (**CDU**) sowie Vertretern des Finanzministeriums

im Schweriner Schloss zu einem Gespräch über die Situation in der Justiz im Lande. Seitens des **dbb** wurden die Sorgen, die Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** über die Justiz äußerte, unterstützt. „Allerdings scheint es in der politischen Debatte vorwiegend

um Richter und Staatsanwälte, die scheinbar eine stärkere Lobby haben, zu gehen“, so **dbb** Landesvorsitzender **Dietmar Knecht** im Verlaufe des Gesprächs, „unsere Sorge geht über diesen sicherlich wichtigen Personenkreis hinaus und berücksichtigt alle weiteren Menschen, von Gerichtsvollziehern bis hin zu Strafvollzugsbediensteten, die dafür Sorge tragen, dass es im Justizbereich rund läuft. Auch Richter und Staatsanwälte brauchen ein tragfähiges Fundament. Dass kein Vertreter des Justizministeriums der Einladung zum heutigen Gespräch gefolgt ist, macht sprachlos und beschreibt anschaulich das angespannte Verhältnis.“

Anhand von Fakten aus ihrer täglichen Arbeit konnten die Vertreter der Gerichtsvollzieher, Amtsanwälte, Rechtspfleger, des Strafvollzugs sowie des allgemeinen Justizbereichs den Abgeordneten insbesondere auch mangelnde Beförderungsaussichten, demotivierende Dienstpostenbewertungen, ungenügende Fortbildungen, eingesparte Stellenzulagen, unzureichende Ausstattung mit Sicherheitskleidung, kannibalischen Stellenabbau und unprofessionelle Nachwuchsgewinnung nachweisen.

Außerdem wurde deutlich gemacht, dass die Leitungsebene des Justizministeriums ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern nicht nachkommt. „Es brodeln in der Justiz“, war ein oft gehörter Satz während des Gesprächs, zudem sei „die Justiz in M-V auf Führungskräfte ausgerichtet“, so **Hans-Jürgen Papenfuß** von der Gewerkschaft Strafvollzug (**BSBD**).

Schnell war man sich dagegen darüber einig, dass der Fachbereich Rechtspflege an der FHöVPR in Güstrow gestärkt werden muss. „Dieser sieht einer ungewissen Zukunft entgegen, da seit drei Jahren dort keine Rechtspflegerausbildung mehr stattfindet“, so **Carsten Neißner** vom Bund Deutscher Rechtspfleger (**BDR**), „in Zeiten beginnender negativer demografischer Auswirkungen eine extrem unbefriedigende Situation, nicht nur für den Lehrkörper, sondern auch für junge Leute, die sich für den Beruf eines Rechtspflegers interessieren“. Vorschläge und Strategien des Fachbereichs Rechtspflege werden vom Justizministerium ignoriert.

Für **Bernd Kammermeier** von der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (**DJG**) ist es ein Unding, „dass die fragwürdigen Dienstpostenbewertungen in der Regel dem Leitungsbereich zugute kommen und den Übrigen jegliche Aussicht auf eine Beförderung in ihrem

gesamten Berufsleben genommen wird. Auch wäre eine Verbeamtung des ehemaligen mittleren Justizdienstes eine motivierende Maßnahme“.

Die Vertreter des Finanzministeriums unterstrichen, dass es in den Haushaltsverhandlungen zum bestehenden Doppelhaushalt beim Thema Sicherheit für die Beschäftigten keine Abstriche gegeben habe, die Gelder für Sicherheitswesten für Gerichtsvollzieher und Justizwachtmeister sowie Abwehrsprays seien ungekürzt in den Haushalt eingestellt worden.

Die Abgeordneten zeigten sich darüber verwundert, dass es nun offenbar Schwierigkeiten bei der Umsetzung innerhalb des Justizministeriums gibt. **Karina Arndt** vom Deutschen Gerichtsvollzieherbund (**DGVB**) ergänzt: „Es ist ein Unding, dass es nun Prioritäten bei der Ausgabe von Sicherheitswesten geben soll. Beispielsweise soll der Amtsgerichtsbezirk Güstrow lediglich drei solcher Westen für die Wachtmeister und Gerichtsvollzieher bekommen. Wo ist das eingestellte Geld für die Ausstattung aller Betroffenen geblieben?“

Auch der Bereich des Strafvollzugs wird durch zweifelhafte Bemessungen und fehlende Beförderungsmöglichkeiten immer unattraktiver. Dies bestätigte auch der eigens für das Gespräch angereiste **BSBD Bundesvorsitzende René Müller**. „Leider ist es im Bundesvergleich inzwischen so, dass in Mecklenburg-Vorpommern oft Kolleginnen und Kollegen mit der Besoldungsgruppe in Pension gehen, in der in Nachbarländern neu eingestellt wird.“ Er plädierte außerdem dafür, dass Polizei

und Strafvollzug gleich behandelt werden. In diesem Zusammenhang wurde auch die im Pakt für innere Sicherheit enthaltene Erhöhung der Zulage für den Polizeivollzug thematisiert. „Wo ist hier der Differenzierungsgrund zum Strafvollzug, der ja ebenso Teil der inneren Sicherheit ist, warum gibt es die Erhöhung nicht auch für uns“, fragt **Hans-Jürgen Papenfuß** von der Gewerkschaft Strafvollzug (**BSBD**).

„Wir konnten im Verlauf des Gesprächs alle uns bewegenden Belange und Probleme gegenüber den Rechtspolitikern deutlich machen und nehmen das Angebot, weiter im Gespräch zu bleiben, gern an, damit die Justiz in M-V sicher bleibt. Schließlich müssen wir gemeinsam alles daran setzen, sowohl für das Bestandspersonal als auch für Schul- bzw. Studienabgänger attraktiv zu bleiben“, so **Knecht** abschließend.

#### Hintergrund:

*In der AG Justiz im dbb m-v sind die Justizgewerkschaften Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR), Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), Deutsche Justizgewerkschaft (DJG), Deutsche Gerichtsvollzieherbund (DGVB) und Deutscher Anwaltsverein (DAAV) zusammengeschlossen. Sie vertreten die Interessen von rund 2.800 Beschäftigten in der Justiz Mecklenburg-Vorpommerns, darunter circa 800 Strafvollzugsbedienstete, 400 Rechtspfleger, 80 Gerichtsvollzieher und 18 Amtsanwälte.*

**Hans-Jürgen Papenfuß**

Ortsverband Neubrandenburg

## Waren – Eine „Perle“ am kleinen Meer

Auf den Spuren von Theodor Fontane

**„Ich kann Ihnen auf der ganzen Gotteswelt keinen besseren Platz empfehlen als Waren am Müritzsee“, schrieb einst Theodor Fontane an einen Freund. Der Erschaffer vieler literarischer Köstlichkeiten, wie z. B den Roman „Effi Briest“ oder die Ballade „John Maynard“, arbeitete hier an seinem letzten Roman „Der Stechlin“ und hat wohl die besten Worte gefunden: „Die Müritz und ihre Umgebung ist einmalig schön.“**

Grund genug also für den **BSBD** Ortsverband JVA Neubrandenburg auf eine letzte große Fahrt zu gehen, um dieses Kleinod im „Land der tausend Seen“ zu besuchen. Am 16. Juni rückte unsere 20-köpfige Reisegruppe in Waren an

der Müritz ein. Zuvor gestärkt an Leib und Seele, durch ein in der Bahn eingenommenes üppiges Mahl, trafen wir inmitten der Altstadt, am Haus des Gastes auf dem neuen Markt auf unsere Stadtführerin Frau **Krenz**. Diese, noch sehr rüstige Rentnerin, empfing uns, ganz traditionell gekleidet in mecklenburgischer Tracht und geleitete uns durch den historischen Stadtkern mit seinen Sehenswürdigkeiten.

Hervorgegangen aus einer slawischen Siedlung im frühen 13. Jahrhundert war Waren an der Müritz acht Jahre lang Residenzstadt der Fürsten von Werle. Sie ist auch heute noch geprägt von einer Vielzahl malerischer Straßen und Gassen deren historische Bauten bis in die Anfänge von Waren zurückge-



hen. Dazu gehören vor allem die beiden Kirchen St. Marien als ältestes Bauwerk der Stadt und St. Georgen. Zu den weiteren historischen Sehenswürdigkeiten zählen das Alte und das Neue Rathaus sowie eine Vielzahl liebevoll im Detail restaurierter Fachwerk- und Bürgerhäuser.

In vielen kleinen Geschäften, Boutiquen und Galerien kann man hier nach Herzenslust stöbern und kaufen, oder in Gaststätten und Cafés verweilen und Speisen und Getränke genießen.

Auf den rund 1½ Stunden dauernden Stadtrundgang folgte die Einkehr in das „Brauhaus Müritz“, etwas außerhalb der Altstadt, zum Mittagessen. Hier erprobten wir ausgiebig die einheimischen Biersorten. Einziger Wehrmutstropfen indes war das extrem lange Warten auf die bestellten Speisen.

Wer also in Waren Essen gehen möchte ist sicher in einem der Restaurants der Altstadt oder am Stadthafen besser aufgehoben.



Nach dem Mittagessen blieb uns nun nicht mehr viel Zeit für einen kleinen Abstecher durch die Einkaufsmeile der Innenstadt, denn am Hafen wartete bereits ein Schiff, das uns an Bord nehmen und mit hinaus auf die Müritz nehmen sollte.

Die während der letzten Eiszeit entstandene Müritz hat ihren Namen dem slawischen „morcze“ zu verdanken, das so viel bedeutet wie „Kleines Meer“.

Eben dieses „Kleine Meer“ in der großen Mecklenburgischen Seenplatte ist mit über 110 Quadratkilometern Fläche Deutschlands größter Binnensee und grenzt im Osten an den Müritz-Nationalpark.

Hier kreisen See- und Fischadler am Himmel, Kraniche rasten in den Wiesen und Ufergebieten und Boote aller Größen kreuzen auf dem See.



Wieder an Land zurück, nutzen wir abschließend noch eine der vielen gastronomischen Einrichtungen an der Uferpromenade und freuten uns bei einem großen Eisbecher und einer guten Tasse Kaffee über die strahlende Sonne und den herrlich blauen Himmel.

Fontane hatte Recht behalten.

*Matthias Nicolai*



### Nachruf

Der BSBD-Ortsverband Neubrandenburg trauert um sein Mitglied

## Bernd Reggentin

der am 11. August 2018 im Alter von nur 57 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Wir werden ihn stets in guter Erinnerung behalten.

*Die Mitglieder des  
BSBD-Ortsverbandes  
Neubrandenburg*